



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 29. Oktober 2025

5322. 2024/536

**Motion der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:
Bootsplätze in der Stadt, Erreichung der Netto-Null-Ziele, Stärkung der Shared
Economy und Förderung der ökologischen Antriebe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicolas Cavalli (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3999/2024): Die Stadt soll in Bezug auf Bootsplätze eine Strategie entwickeln, die dem Erreichen der selbst gesteckten Netto-Null-Ziele dient. Die sind demokratisch durch eine Abstimmung legitimiert. Wir möchten den ökologischen Antrieb und die Shared Economy stärken. Klimaschutz findet nicht nur auf der Strasse statt, sondern auch dort, wo wir unsere Freizeit verbringen. Zürich hat sich verpflichtet, im eigenen Einflussbereich bis ins Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Was der eigene Einflussbereich genau umfasst, wird hier oft diskutiert. Bootsplätze gehören unserer Überzeugung nach teilweise in diesen Einflussbereich. Viele Stadtzürcherinnen und -zürcher wünschen sich eine nachhaltige, faire und transparente Nutzung von Seeufer und See. Dieses Bedürfnis können wir mit diesem Vorstoss stärken, wenn die Stadt eine klare Strategie hat, wo wir bezüglich der ökologischen Antriebe und Shared Economy hin sollen. Der Stadtrat möchte die Motion nur als Postulat entgegennehmen, weil sie nicht motionabel sei. Das ist formaljuristisch korrekt, aber politisch defensiv. In der Antwort des Stadtrats wird immer wieder auf den Kanton und fehlenden Handlungsspielraum verwiesen, obwohl die Stadt einen hat. So ist sie Konzessionärin und für Infrastrukturen wie Steganlagen, Stromanschlüsse, die Verwaltung usw. verantwortlich. Auf diesen Wegen hat sie die Möglichkeit, unsere Forderungen umzusetzen. Mit diesem Vorstoss möchten wir ein Signal an den Kanton senden und die Stadt dazu bringen, entsprechende Anträge zu stellen. Es wirkt, als scheue man sich vor der Arbeit und schiebe alles zum Kanton. Es gehört zu einer Strategie, sich Gedanken zu machen, was alles dazu gehört und welche Stakeholder ins Boot geholt werden müssen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Darum muss man beim Kanton vorstellig werden. Zürich soll Innovation nicht bremsen, sondern ermöglichen. Boote sollen weg von fossilen und hin zu elektrischen Antrieben kommen. Besonders im privaten Bereich ist das bereits gut möglich. In der Politik ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen und das als Auftrag an den Stadtrat zu überweisen. Sharringmodelle sollen besser genutzt werden. Es soll keine Platzhalterboote geben. Die be-

grenzte Seeinfrastruktur soll ökologisch, sozial und effizient genutzt werden. Zürich soll auch in diesem Bereich eine Chancenstadt bleiben und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat hat für das Anliegen der Motion Verständnis. Die Netto-Null-Ziele sollen auch auf dem See erreicht werden. Ein elektrischer Bootsantrieb verursacht weniger Lärm und Abgase. Natürlich wünschen sich alle, dass Verfahren in der Verwaltung möglichst einfach sein sollen. Nach Meinung der Motionäre ist das beim Nachweisverfahren für den gemeinnützigen Charakter von non-profit Boot-Sharing-Organisationen nicht der Fall. Der Stadtrat findet es nicht gut, wenn Bootsplätze zwar belegt sind, aber die Boote nicht genutzt werden. Wenn man an die lange Warteliste für Bootsplätze denkt, ist das ein Ärgernis. Trotzdem lehnt der Stadtrat die Motion ab. Der Kanton hat die Hoheit über die Gewässer. Die wesentlichen Vorgaben für die Stationierung von Schiffen sind im Wasserwirtschaftsgesetz festgelegt, in der Verordnung über das Stationieren von Schiffen und den jeweiligen wasserrechtlichen Konzessionen. Die Kompetenzen der Stadt sind also stark eingeschränkt. Die Änderung, die die Motion verlangt, kann nur der Kanton vornehmen. Das betrifft die Regelungen für non-profit Boot-Sharing-Organisationen, Normen für das Bevorzugen von Booten mit ökologischem Antrieb bei der Stationierung und Massnahmen gegenüber Personen, die ihr Boot nicht nutzen. Der Spielraum für die Stadt ist klein, soll aber genutzt werden. So kann die Stadt die Installation von Elektroladestationen prüfen. Auch kann sie Anträge vorbereiten und an die Baudirektion stellen, die die Anliegen der Motion betreffen. Alles andere ist Kantonssache. Ich verweise auf die ausführlichen Erläuterungen im Stadtratsbeschluss und erlaube mir den Hinweis, dass der Erlass einer Strategie nicht motionsfähig ist. Dafür ist der Stadtrat zuständig. Er ist bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): Die SVP lehnt den Vorstoss ab. Wir befinden uns hier auf der falschen Flughöhe. Auf dem See hat der Kanton das Sagen. Es fehlt an Sachkenntnis und Praxis, wenn man denkt, dass man auf dem Zürichsee den Planeten retten kann. Die Vergabepraxis der Liegeplätze wird bereits heute als willkürlich wahrgenommen. Die Wartefristen betragen teilweise über ein Jahrzehnt. Nun sollen Sharing-Anbieter bevorzugt werden. Auf dem Zürichsee gibt es Segelschiffe, Motorboote und die professionelle Schifffahrt. Mit den Segelschiffen haben wir kein Problem, da man diese mit kleinen E-Motoren ausstatten kann. Das geht bei Motorbooten denkbar schlecht, bei diesen sind E-Motoren selten. Sie sind sehr teuer und kosten teilweise mehr als ein neues Boot. Der Wirkungsgrad ist zudem unbefriedigend. In der professionellen Schifffahrt sehen wir teilweise massive Probleme mit den E-Schiffen. Die Ladeinfrastruktur kostet sehr viel und die E-Antriebe sind eine reine Zwängerei. Die Worthülse «Klimaschutz» soll wichtiger sein als die Sicherheit? Die einzige valable Alternative sind synthetische Treibstoffe.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Ein Boot auf dem Zürichsee zu haben, ist ein Privileg. Der Vorstoss bietet sich nur an, wenn man meint, mit einer so kleinen privilegierten Minderheit das Klima retten zu können. Das können wir politisch nachvollziehen, materiell

nicht. In der Motion werden die Themen Netto-Null und Verteilgerechtigkeit miteinander vermischt. Wir gönnen es den Leuten, die ein Motorboot auf dem Zürichsee haben. Es ist nicht sinnvoll, wegen des Klimas in die Eigentumsgarantie einzugreifen. Denn darauf läuft der Vorstoss hinaus: Eigentlich möchte man keine Motorboote mehr auf dem Zürichsee haben. Hier appellieren wir an den gesunden Menschenverstand: Das wird sich von selbst regeln, wenn sich die Elektroboote eventuell durchsetzen. Die Stadt soll das in den nächsten Jahren nicht politisch beeinflussen. Die FDP lehnt den Vorstoss ab.

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Uns ist es wichtig, dass wir bei der Shared Economy einen gemeinnützigen und nicht gewinnorientierten Ansatz verfolgen. Das wollen wir im Text anpassen. Shared Economy wird auch von kommerziellen Anbietern wie Uber genutzt und das wollen wir nicht.

Nicolas Cavalli (GLP) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: Nach dem Votum von STR Karin Rykart bin ich konsterniert und frage den Stadtrat, wie man die eigenen Netto-Null-Ziele effektiv erreichen möchte. Die Motion wandeln wir in ein Postulat um. Wir erwarten, dass die Anliegen trotzdem umgesetzt werden. Das Argument, dass wir uns auf einer zu kleinen Skala bewegen, um etwas gegen den Klimawandel tun zu können, kommt immer wieder. Das ist ein Denkfehler, da es ein Mosaik aus vielen Teilen ist. Die Sharing Economy ist heute Zeitgeist.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Strategie vorzulegen, wie bei den Bootsplätzen in der Stadt Zürich die Netto-Null-Ziele erreicht, die nicht-gewinnorientierte Shared Economy gestärkt und ökologische Antriebe gefördert werden können.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2025/498 (statt Motion GR Nr. 2024/536, Umwandlung) wird mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat